

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

1. Tagung des 3. Landesparteitages
13./14. August 2011, Stadthalle Rostock

Beschluss

Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam und sozial gerecht voranbringen

Seit fünf Jahren wird Mecklenburg-Vorpommern von einer rot-schwarzen Koalition aus SPD und CDU verwaltet. Diese Jahre haben dem Land nicht gut getan. Der Niedriglohnsektor wurde mit Hilfe des Wirtschaftsministeriums massiv ausgeweitet. Etwa 45 Prozent aller Erwerbstätigen im Land müssen zu Niedriglöhnen arbeiten und oft als sogenannte Aufstocker noch HARTZ IV Leistungen beziehen. Bei den unter 25jährigen betrifft das sogar drei Viertel aller Beschäftigten. Sie müssen mit durchschnittlich 1.000 Euro brutto im Monat für eine Vollzeitstelle leben. Die Landesregierung zeigt sich stolz über ihre Arbeitsmarktstatistik und verdrängt dabei, dass ihre Politik zu einer Verschärfung der sozialen Spaltung im Land führt, dass Mecklenburg-Vorpommern auch im Bundesvergleich immer weiter abgehängt wird. Immer wieder hat vor allem die CDU behauptet, die niedrigen Löhne seien ein Standortvorteil und würden Investoren anlocken. Das Gegenteil ist bewiesen. Wegen der schlechten Perspektive verlassen immer mehr Fachkräfte unser Land, so dass neue Unternehmen kaum noch geeignetes Personal finden können.

Unser Land braucht endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Unser Land braucht endlich ein Tarifreuegesetz, das dafür sorgt, dass Land und Kommunen nicht das billigste Angebot nehmen und somit Löhne drücken. Unser Land braucht ein Vergabegesetz, das Armut trotz Arbeit wenigstens bei öffentlichen Aufträgen ausschließt. Unser Land braucht eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schafft und vielfältige individuelle Hilfen für Langzeitarbeitslose ermöglicht. Es wird in Mecklenburg-Vorpommern höchste Zeit für eine Förderpolitik, die Rücksicht auf die Entwicklungschancen des Landes nimmt und dabei Schwerpunkte setzt. Es muss dabei vor allem um gute Arbeit zu guten Löhnen gehen und immer mehr auch um attraktive Angebote zur Vereinbarung von Familie und Beruf.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in Mecklenburg-Vorpommern ohne einen Abschluss die Schule verlassen, ist die höchste in Deutschland. Das ist ein Skandal! Die Lehrerinnen und Lehrer sind überaltert und haben zu wenige Stunden zur Verfügung, um sich angemessen um die Schülerinnen und Schüler kümmern zu können. Wir brauchen mehr Unterrichtsstunden für die Schulen, auch um eine echte Inklusion, also das Miteinander von Kindern mit und ohne Behinderungen zu ermöglichen. Wir wollen bis 2016 jährlich wenigstens 250 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen. So kann die Belastung der heute Aktiven gesenkt und das Bildungsangebot an unseren Schulen deutlich verbessert werden. Dazu gehört ebenfalls, dass wir die „selbständigen Schulen“ wirklich selbständig machen wollen. Nur wenn sie tatsächlich einen Gestaltungsspielraum haben, können neue Ideen wachsen. Bisher ist die „selbständige Schule“ eher eine Verwaltung des verordneten Mangels durch die Schule selbst, statt durch das Schulamt.

Eine der größten bildungspolitischen Leistungen wäre aber die Einführung eines gesunden und kostenlosen Mittagessens für alle Schülerinnen und Schüler. Die bewusste Ernährung, das Miteinander beim Essen und das Erlebnis von Gleichheit sind von unschätzbarem Wert. Der soziale Aspekt darf nicht unterschätzt werden. Wenn Kinder aus armen Familien wenigstens ein Mal am Tag ein gesundes

warmes Essen bekommen, rechtfertigt das nahezu jeden Aufwand. Deshalb wollen wir dieses Ziel in Angriff nehmen.

Die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern werden vom Land stiefmütterlich behandelt. In den vergangenen Jahren hat die Finanzministerin ihre Probleme stets auf dem Rücken der Kreise, Städte und Dörfer ausgetragen. Mit der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung ist klar, dass die zur Zeit regierenden Parteien bereit sind, diesen Weg weiter zu gehen. Die Folge wird sein, dass die Kommunen handlungs-, weil zahlungsunfähig werden. Immer mehr Kommunen können nicht einmal mehr ihre Pflichtaufgaben, wie die Kosten der Unterkunft oder die Löhne ihrer Angestellten zahlen. Von Jugendarbeit, Sport- oder Kulturangeboten gar nicht zu reden. Auf diese Weise aber gehen die Städte und Dörfer zu Grunde. Will das Land sich entwickeln, müssen die Wurzeln gesund sein und das sind die Kommunen. Daher braucht Mecklenburg-Vorpommern endlich eine aufgabengerechte kommunale Mindestfinanzausstattung. Dafür wollen wir Sorge tragen.

Unser Land soll ein Land des Friedens sein. Wir wollen nicht, dass Mecklenburg-Vorpommern weiterhin eine der wichtigsten logistischen Drehscheiben für den Krieg in Afghanistan und anderen Ländern ist. Es reicht nicht, wenn der Ministerpräsident nur den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fordert, zeitgleich seine Bundestagsfraktion aber mit großer Mehrheit ein Mandat nach dem anderen bewilligt. DIE LINKE steht konsequent für den Frieden und gegen den Krieg in Afghanistan und anderen Ländern auf allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Ebenen. Mecklenburg-Vorpommern darf nicht von der Bundeswehr abhängig werden durch die hohe Dichte von Bundeswehrstandorten. Unser Land braucht tragfähige und nachhaltige Projekte für die Umgestaltung militärischer in zivile Flächen. Dabei haben wir bereits gute Erfahrungen, die wir auch in den kommenden Jahren nutzen wollen.

Am 4. September wird der Landtag neu gewählt. Auch für die Kreistage und die Landratsämter stehen an diesem Tag Wahlen an. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben die Wahl. Sie können entscheiden, ob sie die schlechte Politik der vergangenen Jahre auf Landesebene fortgesetzt sehen wollen oder eine andere, eine bessere Politik möchten. Unsere Vorschläge für die kommenden fünf Jahre und darüber hinaus liegen auf dem Tisch.

In drei Kreisen des Landes haben Kerstin Kassner, Dr. Barbara Syrbe und Siegfried Konieczny gezeigt, dass DIE LINKE eine verlässliche Kraft an der Spitze kommunaler Verwaltungen ist. In der Landeshauptstadt Schwerin beweist die Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow täglich, dass auch unter schwierigsten Bedingungen eine Stadt gestaltet werden kann, wenn man den Kontakt mit den Menschen sucht, ihre Interessen berücksichtigt und gemeinsame Herausforderungen meistert.

Das ist unser Angebot: Mit uns eine gute Politik für Mecklenburg-Vorpommern. Mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten für die Kreistage, die Landratsämter und den Landtag. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen im Land neue Wege gehen und es damit sozial gerecht voranbringen.

Dabei werden wir auf Beteiligung setzen, in den Kommunen und im Land.

Wir wollen am 4. September nicht nur einen Regierungswechsel. Wir wollen einen Politikwechsel.